

# **Das Leid im Jemen lindern: Rüstungsexporte stoppen!**



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 27.01.2018  
Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

- 1 Seit Jahren leiden die Menschen im Jemen unter einem brutalen Krieg und seinen schrecklichen
- 2 Folgen. Er hat für eine der größten humanitären Katastrophen der Welt gesorgt. Seit
- 3 Kriegsbeginn sind bereits über 10.000 Menschen an den direkten Folgen der Kampfhandlungen
- 4 gestorben, zahllose weitere an Hunger und Krankheiten. Fast eine Million Menschen sind mit
- 5 Cholera infiziert und können wegen fehlender medizinischer Versorgung und dem fast
- 6 vollständigen Kollaps öffentlicher Dienstleistungen nur unzureichend versorgt werden. 7
- 7 Millionen Menschen sind akut vom Hunger bedroht. Über hundert Kinder sterben täglich an
- 8 akuter Mangelernährung und ihren Folgen, mehr als 11 Millionen Kinder sind dringend auf
- 9 humanitäre Hilfe angewiesen. Die Trinkwasserversorgung in den großen Städten ist nahezu
- 10 vollständig zusammengebrochen. Diese dramatische Lage führt dazu, dass fast 20 Millionen
- 11 Menschen auf Hilfe angewiesen sind.
- 12 Dieses Ausmaß von Leid und Zerstörung im Jemen ist in erster Linie durch die äußere
- 13 Intervention in einen ursprünglich lokalen Konflikt verursacht worden – vor allem durch die
- 14 Bombenangriffe einer Staatenkoalition unter Führung Saudi-Arabiens. Sie finden mit
- 15 Unterstützung der USA und Großbritanniens statt und durch Waffen aus europäischer
- 16 Herstellung. Diese Angriffe richten sich oft gezielt gegen zivile Infrastruktur wie Schulen
- 17 und Krankenhäuser. Fast alle Mitglieder der Staatenkoalition sind Empfänger von direkten
- 18 oder indirekten Waffenlieferungen aus Deutschland. Zudem produziert Saudi-Arabien in Lizenz
- 19 deutsche Gewehre. Auch der Iran hat mit seiner Unterstützung der Houthi-Milizen zu dieser
- 20 Eskalation beigetragen: diese haben mit ihrem gewaltsamen Feldzug nach Sana'a und Aden und
- 21 dem daraus resultierenden Sturz der Regierung Hadi den Konflikt zuallererst begonnen.
- 22 Neben den eigentlichen Kriegshandlungen ist die illegale Seeblockade durch Saudi-Arabien und
- 23 die Vereinigten Arabischen Emirate die bedeutendste Ursache für die Mangelernährung der
- 24 Bevölkerung. Trotz der Existenz eines Kontrollmechanismus der Vereinten Nationen bringen
- 25 diese Staaten dadurch – unter dem Vorwand, Waffenschmuggel verhindern zu wollen – die
- 26 Versorgung großer Teile des Landes nahezu zum Erliegen. Diese Blockade, ebenso wie die
- 27 Schließung des Flughafens Sana'a, die Belagerung von Städten und weitere Behinderungen
- 28 humanitären Zugangs verstoßen gegen die Bestimmungen der Sicherheitsratsresolutionen 2140
- 29 und 2216 und können entsprechend sanktioniert werden. Auch der Zugang der Vereinten
- 30 Nationen, humanitärer Organisationen sowie von Journalistinnen und Journalisten wird massiv
- 31 behindert.
- 32 Der Wechsel des ehemaligen Präsidenten Ali Abdallah Saleh auf die Seite der saudisch-
- 33 geführten Koalition und seine Ermordung durch die ehemals mit ihm verbündeten Houthi-
- 34 Milizen stellen den Jemen vor neue politische Herausforderungen. Die verschärften

- 35 Auseinandersetzungen haben zu noch mehr Opfern in der Zivilbevölkerung geführt. Gewaltsame
- 36 Angriffe auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die Blockade elektronischer
- 37 Kommunikation gehören neben zahlreichen Fällen von Verschwindenlassen, Folter und
- 38 außergerichtlichen Tötungen sowie dem Einsatz von Kindersoldaten zu den Vergehen aller
- 39 Kriegsparteien.
- 40 Wir begrüßen es daher, dass der UN-Menschenrechtsrat mit der 36/31 des VN-
- 41 Menschenrechtsrats
- 42 eine unabhängige Expertenkommission zur Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen im Jemen
- 43 eingesetzt hat. Wir begrüßen ebenfalls den auch auf Betreiben der Grünen Fraktion im
- 44 Europäischen Parlament zustande gekommenen Beschluss 2017/2849, der unter anderem die
- 45 Forderung nach einem Exportstopp von Rüstungsgütern an die kriegsführenden Staaten enthält.
- 46 Nun muss die Bundesregierung handeln. Wir fordern sie auf:
- 47 • im Sinne wiederholter Beschlüsse des Europäischen Parlaments jegliche Rüstungsexporte
  - 48 an diese Staaten zu erteilen, erfolgte Genehmigungen zu widerrufen und auch keine
  - 49 Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen;
  - 50 • in Zusammenarbeit mit den VN die Initiative für neue Friedensgespräche zu übernehmen,
  - 51 deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und die Gewährung
  - 52 humanitären Zugangs sein muss;
  - 53 • sich in diesem Zusammenhang auch gegenüber der US-amerikanischen und britischen
  - 54 Regierungen für ein Ende der militärischen Unterstützung der arabischen Koalition
  - 55 einzusetzen;
  - 56 • auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang für Hilfs- und Lebensmittellieferungen
  - 57 uneingeschränkt sicherzustellen;
  - 58 • sich im Falle der Behinderung humanitären Zugangs, wie in Sicherheitsratsresolutionen
  - 59 2140 und 2216 vorgesehen, für Sanktionen gegen die Verantwortlichen aller
  - 60 Kriegsparteien einzusetzen;
  - 61 • den Jemen weiter humanitär zu unterstützen und den Nachbarstaaten bei der Aufnahme
  - 62 und Versorgung der Flüchtlinge aus dem Jemen zu helfen;
  - 63 • die Arbeit der vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzten Expertenkommission nach allen
  - 64 Kräften zu unterstützen und dabei besonders deren uneingeschränkten Zugang zum
  - 65 Kriegsgebiet einzufordern;
  - 66 • die Umsetzung des Beschlusses 2017/2849 des Europäischen Parlaments nach Kräften zu
  - 67 unterstützen.